

# AKTUELLE CHRONIK

## Asien allgemein

Die bevorstehende **Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft** und die Veröffentlichung eines Weißbuches der englischen Regierung über die Bedingungen ihres EWG-Beitrittes haben Auswirkungen insbesondere auf die Länder Asiens, die bisher als Mitglieder des Commonwealth zu vergünstigten Bedingungen mit England Handel treiben konnten. Nachdem Neuseeland eine Garantie für seine Exporte von landwirtschaftlichen Produkten nach England erhalten hat und Hongkong ein bevorzugter Entwicklungsstatus zuerkannt worden ist, scheinen für England die brennendsten Fragen gelöst zu sein. Wegen seiner hohen Investitionen in Australien, Singapore und Malaysia wird England dort weiter seinen Einfluß in der Wirtschaft ausüben. Auch wird es für das Vereinigte Königreich weiterhin wegen der früheren kolonialen Verbundenheit leichter sein, zu Pakistan, Indien und Ceylon engere wirtschaftliche Beziehungen zu haben als beispielsweise zu Indonesien und den Philippinen.

In Rabat fand Anfang Juni unter der Leitung des Generalsekretärs der Organisation der Islamischen Länder und früheren Premierministers von Malaysia, Tunku Abdul Rahman, ein **Kongreß der islamischen Kulturzentren** statt. Das Kommuniqué der **Außenministertagung der Mitgliedstaaten des ASPAC** (Asien Pacific Council), dem Taiwan, Südkorea, Malaysia, die Philippinen, Thailand, Südvietnam, Australien, Neuseeland und Japan angehören, vom Juli gibt der Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Indochina Ausdruck und versichert Kambodscha, Laos und Südvietnam der Sympathie der Mitglieder. Taiwan gelang es dagegen nicht, im Kommuniqué eine Erklärung unterzubringen, daß der ASPAC Taiwans Bemühungen, ihm seinen Sitz in den UN zu erhalten, voll unterstützt.

Nach Angaben von UN-Beamten beabsichtigen die **ILO** (Internat. Labour Organisation), die **UNESCO**, die **UNIDO** und die **FAO**, gemeinsam ein Programm durchzuführen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten in 15 Ländern Asiens zu erhöhen, um einer nach augenblicklichen Trends für 1980 zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit in diesen Ländern entgegenzuwirken.

Die Auswirkungen der Veröffentlichung des **McNamara-Berichtes** des Pentagon, der Ankündigung **US-Präsident Nixons** vom 15. Juli, noch vor Mai nächsten Jahres auf Grund einer **Einladung aus Peking** die Volksrepublik China zu besuchen, werden unter den jeweils relevanten Ländern behandelt. **Präsident Nixons wirtschaftspolitische Schritte** vom 16. August, insbesondere die Aufhebung der freien Konvertibilität des US-\$ zum festen Kurs von US-\$ 35 per Unze Gold und die zehnpromtente Importabgabe, werden ihre Auswirkungen auf verschiedene Länder Asiens haben. Länder wie Japan, Hongkong, Südkorea, Taiwan und Singapore, die entweder in den USA einen wichtigen Abnehmer ihrer Exportgüter sehen oder auf US-Investi-

tionen angewiesen sind, werden besonders betroffen sein. Indien, Pakistan und Ceylon, deren Wirtschaft durch Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen ist, werden die Kürzung der Entwicklungshilfe zu spüren bekommen.

## Südasien

König Mahendra von **Nepal** besuchte in der zweiten Juniwoche für zwei Tage Indien. Nach Gesprächen in Afghanistan traf der König am 14. Juni zu einem offiziellen Besuch der UdSSR in Moskau ein. In Delhi hatten Gespräche im Mittelpunkt gestanden, die den baldigen Abschluß des immer noch ausstehenden Handels- und Transitvertrages mit Indien sicher erscheinen lassen. In Nepal verstärkte sich der Druck auf Abschluß eines solchen Vertrages, da die Wirtschaft unter der gegenwärtigen Situation leidet. Die Mitte der sechziger Jahre aufgebaute Textilindustrie hat ihren Markt für synthetische Textilien in Indien bereits weitgehend eingebüßt; Maschinen mußten stillgelegt werden. Ähnlich geht es der mit chinesischer Hilfe gebauten Leder- und Schuhfabrik in Kathmandu.

Die Gespräche Mahendras mit Zahir Shah in Afghanistan stützten Nepals Ansicht über Transitrechte für „landlocked countries“. Außerdem wurde eine Flugverbindung zwischen Kathmandu und Kabul errichtet. In dem gemeinsamen Kommuniqué des Moskaubesuches vom 25. Juni wird Nepal die erwünschte Unterstützung für seinen laufenden Fünfjahresplan zugesagt. Am Vorabend der Abreise Mahendras nach Moskau hatte die Volksrepublik China Nepal eine zusätzliche Unterstützung für den Pokhara Highway in Höhe von 23 Millionen nepales. Rupien zugesichert. Am 9. August wurde in Kathmandu der 1964 zwischen der UdSSR und Nepal abgeschlossene Vertrag über ein kulturelles und wissenschaftliches Austauschprogramm um weitere sieben Jahre verlängert.

Die Wahl der vier „Graduates“ zum Rashtriya Panchayat (Nationales Parlament), deren Ergebnis am 15. Juli bekanntgegeben wurde, zeigte die spezielle Auswirkung des parteilosen Parlamentssystems. Ramraya Prasad Singh, Anwalt am höchsten Gericht, der u. a. eine Restaurierung der Grundrechte, Beschränkung der Anwendung der „Security Detention Laws“ forderte und verlangte, der Premier solle dem Parlament verantwortlich sein, wurde als gewählter Vertreter nicht vereidigt, sondern in Gewahrsam genommen, später aber auf Anordnung des Königs wieder freigelassen.

Premier- und Finanzminister Kirti Nidhi Bista, der im Juli die Budgetvorschläge dem Nationalen Parlament vorlegte, wies auf die negativen Folgen hin, die der vertraglose Zustand im Handel mit Indien für die Wirtschaft gehabt habe. Er erwähnte steigende Preise. Nepal würde gegen Ende des Jahres auch nach einer Inlandanleihe und trotz der Entwicklungshilfe anderer Länder ein Defizit im Budget aufweisen. Premier Bista trat am 26. August zurück, nachdem König Mahendra dem vier Monate alte Kabinett Pflichtvergessenheit vorgeworfen hatte. Drei Tage später wurde er aber bereits wieder zum Premier ernannt und durfte sogar drei wichtige Ressorts neu besetzen.

Im Bereich der Infrastruktur wird zur Zeit die Möglichkeit einer Eisenbahnlinie zwischen Kathmandu und Raxaul an der indischen Grenze untersucht. Australien lieferte unter dem Colombo-Plan im Juni für 1,50 Millionen australische Dollar Ausrüstungsgegenstände zur Verbesserung der Flugsicherheit auf Nepals Flughäfen.

Das Verhältnis zwischen **Indien** und **Pakistan** hat sich über die **Ostbengalen-Frage** weiter zugespitzt. In einer mit Spannung erwarteten Rede wandte sich Präsident Yahya Khan am 28. Juni an seine Landsleute, um der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich eine partielle Machtübergabe an die im vergangenen Dezember gewählten Volksvertreter sowohl in den Provinzen als auch auf gesamtstaatlicher Ebene innerhalb von vier Monaten vollziehen lassen werde. Das Militär solle allerdings zunächst weiter die Führung behalten, und eine Expertengruppe solle eine neue Verfassung ausarbeiten. Nach Äußerungen gegenüber einer australischen Parlamentsdelegation schien Yaha Khan im Juli sogar bereit zu sein, zu jeder Zeit und an jedem Ort mit Indira Gandhi zusammenzutreffen, um über das Flüchtlingsproblem zu beraten. Tunku Abdul Rahman, der jetzige Chef des Islamischen Sekretariats, bot sich außerdem zum Vermitteln an.

Ende Juli verschärfte sich jedoch der Ton auf pakistanischer wie indischer Seite. Yahya Khan drohte mit einem Krieg, falls Indien ostpakistanisches Gebiet besetzen sollte. Der indische Außenminister Swaran Singh sagte im Parlament, nur eine Verständigung Yahya Khans mit der Awami League Sheikh Mujibs könne die Guerillaaktionen der „Mukti Fauj“ beenden. Indien sei auf einen Angriff vorbereitet. Es wird vermutet, daß Indien der „Mukti Fauj“ mit Ausbildern, Ausbildungslagern, Waffen und Munition hilft. Nach Presseberichten von Anfang August schließt die Mehrheit der neutralen Beobachter einen pakistanischen Überraschungsangriff nicht mehr aus und hält ihn für um so wahrscheinlicher, je erfolgreicher die Guerillas in Ostbengalen operieren. Auch Indira Gandhi betonte am 15. August in einer Rede zum 24. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens sowohl die Verteidigungsbereitschaft ihres Landes wie ihre Friedenspolitik.

In Ostbengalen spricht man von einem anhaltenden und sich sogar noch verstärkenden Widerstand, den die Armee aus Westpakistan in dieser Form und Ausdauer nicht erwartet hatte.

Das wohl schwerwiegendste Problem zwischen Indien und Pakistan sind die Flüchtlinge. Bis zum 25. Juli sollen 7,2 Millionen Menschen ihre Heimat in Ostbengalen verlassen haben. In der ersten Flüchtlingswelle kamen Hindus und Moslems, insbesondere Anhänger und Sympathisanten Sheikh Mujibs und der Awami League. Später bestand der Flüchtlingsstrom aus zeitweise 85 Prozent Hindus, die in Ostbengalen systematisch verfolgt wurden. In der dritten Flüchtlingswelle sind Hindus und Moslems wieder etwa gleich stark vertreten, was u. a. darauf zurückzuführen ist, daß man in Ostbengalen eine große Hungersnot befürchtet. Haß und Mißtrauen in Ostbengalen sollen so groß sein, daß es Soldaten der westpakistanischen Armee oft nicht einmal gelingt, Brot und Reis kostenlos zu verteilen. Auch Teile der Moslem-Bevölkerung Ostbengalens sollen sich gegen die dort lebenden Hindus gewandt haben. In Indien entwickelt sich ein Haß gegen die Flüchtlinge, die teilweise besser versorgt werden als die einheimische Bevölkerung und zudem oft ihre Arbeitskraft in dem von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geplagten Land zu sehr niedrigem Lohn anbieten und dadurch den Einheimischen noch Konkurrenz machen. Am 18. Juni rief Yahya Khan bereits zum drittenmal vergeblich die Flüchtlinge zur Rückkehr nach Ostpakistan auf. Nach Schätzungen vom Juli erwartet der indische Minister für Rehabilitation bereits maximal zehn Millionen Flüchtlinge. Zu Einzelschicksalen der Flüchtlinge vgl. u. a. Neue Zürcher Zeitung vom 15. 6. 1971, S. 2.

Heftige Kritik von seiten Indiens traf den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Prinz

Sadrudin Aga Khan, der im Juni nach einem sehr kurzen Besuch Ostbengalens erklärt hatte, die Lage in Ostpakistan habe sich wieder normalisiert. In der zweiten Augustwoche besuchte US-Senator Edward Kennedy als Vorsitzender des Unterausschusses des Senats für Flüchtlingsangelegenheiten Flüchtlingslager in Westbengalen. Kennedy mußte auf einen Besuch Pakistans verzichten, da er von der Regierung in Islamabad ausgeladen worden war. Trotz der einsetzenden internationalen Hilfe hat Indien auch die finanzielle Hauptlast des Flüchtlingsproblems zu tragen. Bis Ende August hatte Indien Kredite von 2,6 Mrd. Rupien für Flüchtlingshilfe zu bewilligen.

In einem Anfang August erschienenen Weißbuch der Regierung in Islamabad zum Konflikt in Ostbengalen werden heftige Anklagen gegen die Awami League und Sheikh Mujibur Rahman erhoben. Nach offizieller Ankündigung sollte am 11. 8. 1971 der Prozeß gegen Sheikh Mujib vor einem pakistanischen Sondermilitärgericht beginnen. Der indische Außenminister Swaran Singh hatte nur zwei Tage vorher die pakistanische Regierung vor ernstesten Konsequenzen gewarnt, sollte Sheikh Mujib vor ein Militärgericht gestellt werden. Auch UN-Generalsekretär U Thant hatte sich besorgt geäußert. Aus der Verschiebung des Prozesses und der Bestellung eines der besten pakistanischen Rechtsanwälte für Sheikh Mujibur Rahman wird zunächst auf eine Kompromißbereitschaft geschlossen.

Nach längeren, letztlich erfolgreichen Vermittlungen der Schweizer Botschaft konnten am 12. August die Konsulatsangehörigen in Kalkutta und Dacca die Rückreise in ihre Heimatländer antreten.

Auf außenpolitischem Gebiet hat **Pakistan** nach dem Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh u. a. England angegriffen. Auch Japan wurde attackiert, da es als erstes Land des Pakistan-Konsortiums die Einstellung seiner Hilfe an Islamabad verfügt hatte. Kanada hatte entschieden, sogar bereits zur Verschiffung nach Pakistan genehmigtes militärisches Ausrüstungsgut zurückzubehalten. Die USA wurden im Juli positiv erwähnt, da sie trotz ihres Waffenembargos vom März bereits im vorigen Herbst vereinbarte Sonderlieferungen für Ersatzteile von Waffen weiterhin durchführten. Nach Angaben des Sprechers des State Departments, McCloskey, vom 12. August belief sich die amerikanische Militärhilfe an Pakistan bis zur ersten Augushälfte auf 11 Millionen US-\$. Nach Vereinbarungen müsse noch Material im Werte von vier Millionen US-\$ geliefert werden.

Reisen des früheren Außenministers Zulfikar Ali Bhutto nach Afghanistan und Iran sollten etwas außenpolitischen Spielraum sichern. Bhutto versuchte u. a. in einem längeren Gespräch mit Yahya Khan am 25. 8. die Militärs dazu zu bewegen, die Macht zumindest in Westpakistan in seine und seiner Partei Hände zu übergeben. Am 31. August hat Staatspräsident Yahya Khan den Diplomaten Abdul Motaleb Malik zum Gouverneur Ostpakistans ernannt und den Militärgouverneur Tikka Khan durch Generalleutnant Amir Abdullah Niazi Khan ersetzt.

Am 3. August hat das US-Repräsentantenhaus die Auslandshilfevorlage für Pakistan in Höhe von 225 Millionen US-\$ solange nicht bewilligt, bis Präsident Nixon erkläre, es herrsche wieder Stabilität. Die Niederlande stellten ihre Hilfe an Pakistan Anfang Juli ein. Am 10. August beschloß das dänische Kabinett, die Entwicklungshilfe an Pakistan vorläufig einzustellen. Belgien wird die Verhandlungen mit Pakistan über die Finanzierung eines Atomkraftwerkes nicht fortsetzen. Die Volksrepublik China erklärte sich laut Pakistan Times hingegen bereit, Pakistan Warenhilfe in Höhe von

70 Millionen US-\$ zu gewähren, um Pakistans wichtigste Importbedürfnisse abzudecken. Diese Hilfe soll Teil des 200 Millionen US-\$-Darlehens sein, das China im November vergangenen Jahres für Pakistan ankündigte. Am 5. August wurden in Islamabad Briefe zwischen der Volksrepublik China und Pakistan über die Schenkung der Zweigstellen der Bank of China in Karachi und Chittagong an Pakistan ausgetauscht (vgl. Hsinhua News Agency, 8. 8. 1971, S. 25).

Eine Sonderdelegation der Weltbank unter Leitung des für Südasien zuständigen Direktors J. P. M. Cargill bereiste Anfang Juni Ostbengalen und kam zu dem Schluß, daß in Ostpakistan vorerst noch jede Basis für eine sinnvolle Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe seitens des westlichen Pakistan-Konsortiums fehle. Darauf wurde die Entwicklungshilfe des Pakistan-Konsortiums vorläufig eingestellt (vgl. Auszüge aus dem Weltbankbericht in New York Times vom 13. 7. 1971).

Das vom pakistanischen Chefökonom M. M. Amed im Juli vorgelegte Budget für 1971/72 ist ein Haushalt der Enthaltensamkeit. Allein 2,56 Milliarden pakistanische Rupien werden an ausländischer Hilfe benötigt. Der Verteidigungshaushalt stieg von 3,2 Mrd. pakistanischer Rupien auf 3,4 Mrd. und beläuft sich damit auf 54,1% der veranschlagten Gesamtausgaben. Die tatsächlichen Aufwendungen dürften noch höher liegen. Das vergangene Jahr brachte nur eine gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate von 1,4% gegenüber 6,7% im Jahr davor, was die ohnehin sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommen noch weiter sinken ließ. Am 8. Juni demonetisierte die pakistanische Kriegsrechtsadministration alle Banknoten im Werte von 100 und 500 pak. Rupien mit der Begründung, der von den Anhängern Sheikh Mujibs während der Märzunruhen organisierte Bankraub, bei dem annähernd 600 Mill. Rupien gestohlen worden seien, diene den Feinden des Landes dazu, Subversion und Schmuggel zu betreiben. Für die eingereichten Geldnoten gab es lediglich Quittungen.

Mit nur zweitägiger Ankündigungsfrist traf am 8. August überraschend der sowjetische Außenminister Gromyko mit einer größeren Beraterdelegation in **Indien** ein. Bereits am 9. 8. 1971 unterzeichneten der russische und indische Außenminister in Delhi einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten. Swaran Singh sagte später im Parlament, es handele sich zugleich um einen Nichtangriffspakt. Im Falle eines Angriffs oder der Gefahr eines Angriffs sehe der Vertrag sofortige Konsultationen vor mit dem Ziel, die Gefahr zu beseitigen und Maßnahmen zu ergreifen, die Frieden und Sicherheit beider Staaten gewährleisten (Art. 9 des Vertrages). (Zum Text des Vertrages vgl. „Le Monde“ vom 11. 8. 1971.) Gromyko bezeichnete den Vertrag als einen sehr wichtigen Meilenstein der Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR. Die Bedeutung des Vertrages könne gar nicht überschätzt werden. Indien trifft damit erstmalig in seiner 24jährigen Geschichte so etwas wie eine Verteidigungsabsprache.

Der Vertrag soll auf 20 Jahre gelten. Beide Länder sichern sich im Handel die Meistbegünstigungsklausel zu. Artikel 10 verbietet das Eingehen jeglicher Verpflichtung, die dem Partner militärischen Schaden zufügen kann, und schließt damit beispielsweise Waffenlieferungen Moskaus an Islamabad aus. Laut Artikel 8 dürfen beide Länder keinen militärischen Pakt eingehen, der gegen den anderen Partner gerichtet ist. Der Vertrag, der in erster Linie der Abschreckung gegenüber Pakistan gilt, wird zweifellos den amerikanischen Einfluß in Indien zurückdrängen. Auch wird in dem Vertrag eine indisch-sowjetische Front gegenüber der Volksrepublik China gesehen. Der Vertrag selbst wurde bereits am 11. 8. in beiden Ländern ratifiziert und

wird im September mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Damit hat Indien sich erstmalig von seiner Politik des „non-alignment“ entfernt, obwohl der Vertrag keineswegs einen Beitritt zum Ostblock bedeutet. In Indien fand der Vertrag kritische Würdigung. Angesichts der Kriegsdrohung Yahya Khans, der Unterstützung Islamabads durch die USA und der engen Beziehungen Pakistans zu China sah man jedoch keinen anderen Weg.

In Indien hatte bereits im Juli die Verlautbarung über eine geplante Reise US-Präsident Nixons nach China Unbehagen ausgelöst. Erst am 6. Juli war Henry Kissinger, Beauftragter Präsident Nixons für nationale Sicherheit, in New Delhi gewesen und hatte versucht, die Verstimmungen in Indien über die Waffenlieferungen der USA an Pakistan auszuräumen.

Delhi scheint, insbesondere nach Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR, an einer Neuorientierung gegenüber China interessiert zu sein. Indien will China gegenüber deutlich machen, daß der Pakt nicht gegen dieses Land gerichtet ist, und gleichzeitig der wachsenden Kritik an dem Vertrag im Innern des Landes den Boden entziehen. In diesem Zusammenhang sieht man die Bekanntgabe eines Briefes Indira Gandhis an Chou En-lai, der vermutlich bereits nach dem Besuch Henry Kissingers in Delhi abgesandt worden war. Obwohl Peking den Brief noch nicht beantwortet hat, vermerkt man positiv, daß China den indisch-sowjetischen Vertrag bisher nicht laut verdammt hat.

Mitte Juni trat im indischen Bundesstaat Punjab nach Parteiübertritten die Regierung zurück, und das Land wurde nach Mysore und Gujarat als drittes Gebiet unter President's Rule gestellt. Am 28. Juni demissionierte die aus zehn Parteien bestehende Koalitionsregierung von Westbengalen unter Chefminister Ajoy Mukherjee. Kurz darauf wurde der Staat ebenfalls unter President's Rule gestellt. Mukherjee begründete seinen Rücktritt mit dem wachsenden Flüchtlingsproblem und der Schwierigkeit, Ordnung und Sicherheit zu garantieren.

Am 28. Juli brachte die Regierung in New Delhi zwei wichtige Vorlagen zu substantiellen Verfassungsänderungen im Parlament ein. Während das 24. verfassungsändernde Gesetz die Souveränität der Legislative über die Verfassung bekräftigt und dem Parlament das Recht gibt, auch die Grundrechte auf Eigentum, Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit abzuändern, regelt das 25. verfassungsändernde Gesetz die Entschädigung bei staatlich verfügten Enteignungen. Damit wird zunächst auf die Abschaffung der Privatschatullen der Maharajas und die Privilegien der Angehörigen des früheren Indian Civil Service abgezielt. Von den gleichen Gruppen in der Kongreßpartei wird aber auch eine Gängelung der Presse angestrebt. Nach einer weiteren Erhöhung der Rohölpreise, die auf die Verbraucher abgewälzt werden sollte, sind Stimmen laut geworden, die die Verstaatlichung der drei im ausländischen Besitz befindlichen Ö raffinerien Burmah Shell, Caltex und Esso fordern.

Das Ende Mai vorgelegte Budget war wegen des vorauszusehenden Defizits, der Notwendigkeit, neue Beschäftigungsplätze zu schaffen, und der finanziellen Last durch die Pakistanflüchtlinge noch einschneidender als erwartet und brachte beträchtliche Steuererhöhungen. Während der Ausstoß der indischen Stahlindustrie durch Arbeitsunruhen einerseits zurückging, konnte Anfang August im mit sowjetischer Hilfe gebauten Stahlwerk Bhilai ein neuer Gebläsehochofen mit einer Kapazität von 600 000 t Roheisen pro Jahr in Betrieb genommen werden, der von indi-

schen Ingenieuren unter Verwendung von 75% in Indien hergestellten Teilen entworfen und gebaut worden war. Von der International Development Association (IDA) erhielt Indien einen Kredit von 20 Mill. US-\$ zur Erhöhung der Kunstdüngerproduktion.

Nach dem Scheitern des Aufstandes der ultra-linken Che-Guevaristen in **Ceylon** sind die meisten im April aus Indien, Pakistan und der UdSSR zu Hilfe gekommenen Militärberater wieder abgezogen worden. Nur einige Inder und Russen sollen weiterhin noch auf der Insel tätig sein. Am 17. Juni machte der Minister für das Post- und Fernmeldewesen im Senat in Colombo die Mitteilung, die Volksrepublik China habe sich von der Rebellion auf Ceylon offiziell distanziert. Nach einem Bericht des ceylonesischen Botschafters in Peking soll Chou En-lai die Guevaristen auf Ceylon als Konterrevolutionäre verurteilt haben.

Am 20. Juli gab Premierminister Frau Bandaranaike vor dem Parlament eine Erklärung ab, wonach die Rebellion vom April etwa 1200 Menschenleben gekostet habe. Der Sachschaden an öffentlichem Eigentum soll sich auf 10 Millionen ceylonesische Rupien, der Gesamtverlust einschließlich Produktionsausfall auf 100 Millionen Rupien belaufen. Insgesamt sollen 14 000 Personen verhaftet worden sein. 4200 davon haben sich angeblich während der beiden Amnestien gestellt. Man schätzt, daß gegen etwa 4000 Personen vor Gericht verhandelt werden wird. Die anderen sollen rehabilitiert werden. Trotz der vergangenen Unruhen soll auf Betreiben der Regierung das alljährlich von den Buddhisten in Kandy begangene „perahera“-Fest stattfinden, diesmal aber nur drei anstatt der sonst üblichen 14 Tage dauern.

Am 9. Juli nahm das Parlament mit 75 gegen 2 Stimmen ein Gesetz an, das wieder den Sonnabend und Sonntag zum Wochenende macht, und erklärte den Tag des Vollmondes in jedem Monat zum öffentlichen Feiertag. Insbesondere die Geschäftsleute und die Katholiken begrüßten diesen Schritt zur Rückkehr zu der in der Geschäftswelt allgemein üblichen Wocheneinteilung. Zwei kontroverse Themen der verfassunggebenden Versammlung im Juni waren einmal, daß die Nationalversammlung unter der neuen Verfassung für sechs Jahre amtierend sollte. Das würde bedeuten, daß das im Mai gewählte Parlament acht Jahre im Amt verbliebe. Das zweite Thema betraf die Sprache. Alle Gesetze sollen in Zukunft in Singhalesisch abgefaßt werden. Daneben wurde eine Tamil-Übersetzung vorgesehen. Ein Gegenvorschlag der Federal Party wurde am 28. Juni abgelehnt. Schließlich brachte man Mitte Juli im Parlament einen Vorschlag ein, durch Gesetz in Ceylon ein eigenes höchstes Berufungsgericht zu schaffen, um vom „Privy Council“ in London unabhängig zu werden.

Die „Aid-Ceylon-Group“, die unter Führung der Weltbank Ende April in Paris tagte, erkannte weiterhin die Hilfsbedürftigkeit des Landes an und sprach die Erwartung aus, daß die tatsächliche Hilfe für 1971 höher sein werde als die des Vorjahres. Die Volksrepublik China hat in einem am 27. Mai unterzeichneten Abkommen Ceylon ein zinsfreies Darlehen in Höhe von etwa 25 Millionen US-\$ zugesagt (die Meldung in Hsinhua News Agency vom 28. 5. 1971, S. 19, enthielt keine Zahlenangabe), das noch in diesem Jahr in drei Raten ausgezahlt werden soll, und zwar in englischen £. Finanzminister N. M. Perera zeichnete am 19. Juni ein realistisches Bild der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes. Erhöhung von Steuern, eine Abwertung der Rupie. Maßnahmen auf den Gebieten der Landreform, des Erziehungswesens,

Häuserbaus, Einkommensbegrenzung und staatliche Aufsicht über die Wirtschaft sind zu erwarten. Ein Verbot der Bewirtung von mehr als 150 Gästen wurde erlassen und die Möglichkeit von Auslandsreisen weiter reduziert. Die Preise für Eisenbahn- und Autobusfahrten wurden bereits erhöht.

## Südostasien

**Birmas** Staats- und Regierungschef, General Ne Win, wurde während seines Besuches der Volksrepublik China Anfang August vom chinesischen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung empfangen. Ne Win, der sich seit 1967, dem Jahr der anti-chinesischen Ausschreitungen in Birma erstmals wieder in Peking aufhielt, traf auch mit Ministerpräsident Chou En-lai zusammen. U Nu, früherer Freund und heutiger Gegenspieler Ne Wins, der sein Hauptquartier in dem schwer zugänglichen Dschungelgebiet am Salweenfluß auf thailändischem Gebiet haben soll und das birmanische Volk über einen Radiosender weiterhin zur Revolte aufruft, schrieb einen Leserbrief an die Far Eastern Economic Review (Nr. 24, 12. Juni 1971, S. 67), in welchem er feststellt, daß alle Versprechen der Ne-Win-Regierung an fremde Regierungen und Wirtschaftsunternehmen von ihm als null und nichtig betrachtet würden, wenn er in Birma wieder an die Macht kommt.

Im Juni fand nach acht Jahren der erste Kongreß der Staatspartei (Burma Socialist Programme Party) statt, auf dem Ne Win erklärte, von Anfang an habe man geglaubt, man müßte die Staatsgewalt an das Volk zurückgeben. Als erster Schritt sollte die Macht an die Partei übergehen. Weiterhin kontrollieren Mitglieder der Armee die Partei und beherrschen die wichtigsten Komitees. (Zu Einzelheiten auch der neuen Parteiverfassung vgl. FEER No. 31 vom 31. 7. 1971, S. 11.) Ne Win wurde zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Partei gewählt. Im August ordnete Ne Win die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an.

In **Thailand** war man über die Ankündigung der Nixon-Reise nach China überrascht, insbesondere weil Konsultationen nicht vorausgegangen waren. Nach den Rückzugsankündigungen der Amerikaner aus Südostasien stellt dies ein weiteres Erfordernis zur Umorientierung der thailändischen Außenpolitik dar. Am 12. Juli hatte die thailändische Regierung bereits bei den Amerikanern gegen die Veröffentlichung von Teilen der geheimen Vietnamstudie protestiert. Außenminister Thanat Khoman kündigte Anfang August an, daß weitere Schritte Thailands, zu einem Dialog mit China zu kommen, erst nach der Nixon-Reise zu erwarten seien; man habe keine Eile. Auch stehe noch nicht fest, wie Thailand in der China-Frage bezüglich der UN entscheiden werde, da es bisher gute Beziehungen zu Taiwan gehabt habe. Außerdem bestehe bei einigen politischen Führern die Ansicht, China versorge kommunistische Aufständische in Thailand mit Waffen. Nach einer Äußerung Premier Thanom Kittikachorns vom Juni will Thailand die ersten 6000 Soldaten vom Juli ab aus Südvietnam abziehen. Der Abzug aller 12 000 Mann soll im Februar 1972 beendet sein.

Während des Besuches des thailändischen Premiers Thanom Kittikachorn in Malaysia im Juni kam es zu Studentenunruhen, die Sympathie für die Moslem-Aktivitäten in Südthailand ausdrückten und scharfe Reaktionen der Bangkok Post zur Folge hatten. Thanat Khoman, der seinen Premier begleitete, verneinte kategorisch

jede Diskriminierung der Moslems in Südthailand durch die Regierung. Nach den Worten des Oppositionsführers Seni Pramoj werden jedoch nur minderwertige Charaktere in den Süden geschickt. Versetzungen dorthin werden als Strafe betrachtet. Diese Beamten würden jeden, der ihnen nicht liege, als Sezessionisten oder Kommunisten bezeichnen.

Im Norden Thailands gab es in der zweiten Augushälfte die stärksten Überschwemmungen an den Ufern des Mekong seit 1966.

Thailand, dessen wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, hofft auf Erdölvorkommen im Golf von Thailand. Ein amerikanisch-japanisches Konsortium (Continental Oil Company and Mitsui Corporation) hat 430 km südlich von Bangkok mit Versuchsbohrungen begonnen. Man hofft auf erste Resultate innerhalb der nächsten drei Monate. Weitere Konzessionen wurden an die Firmen British Petroleum, Tenneco, Gulf Oil und Amoco zur Exploration vergeben. Nach dem im letzten Jahr verabschiedeten Erdölgesetz müßten 50 bis 60% der Einnahmen aus der Erdölgewinnung ausländischer Unternehmer an die Regierung gehen. Selbst wenn einige Bohrungen fündig werden, würden noch etwa fünf Jahre vergehen, bis der Staatshaushalt davon profitieren könnte.

In der zweiten Hälfte des Juli erklärte **Malaysias** Premier, Tun Abdul Razak, er würde es in Erwägung ziehen, die Volksrepublik China zu besuchen, falls er eine Einladung der Regierung in Peking erhielte. Nach einer Aussage des stellvertretenden Ministers Taib Mahmud hat Malaysia keine Absicht, sein Konsulat in Taipei zu schließen, wie vorher über die Pläne des Außenministeriums verlautbart worden war.

Obwohl eine vor wenigen Monaten ins Leben gerufene Einheitsbewegung der Chinesen, die als Zubringer neuer Mitglieder für die Malaysian Chinese Association (MCA) gedacht war, zunächst Erfolge aufwies, ist ihre Bedeutung inzwischen völlig verblaßt. Finanzminister Tun Tan Siew Sin, Vorsitzender der MCA, begann fast gleichzeitig, die Partei zu reorganisieren. Ältere Parteimitglieder, die wichtige Posten bekleiden, fürchteten unter dem Ansturm junger Leute um ihren Einfluß und boykottierten die neue Bewegung.

Die Parti Gerakan Malaysia (Malaysian People's Movement), die bei den Wahlen 1969 die zweite Oppositionspartei wurde, die in einem Staat (Penang) an die Macht kam, erlebte eine Führungskrise. Ihr Vorsitzender, Professor Hussein Alatas, versuchte zunächst, Penangs Chefminister Dr. Lim Chong Eu zu suspendieren, und trat dann selbst zurück. Ihm folgten weitere Mitglieder des zentralen Komitees. Lim blieb mit einer angeschlagenen Partei zurück. Ursache des Streites waren fehlende Konsultationen des Chefministers mit der Partei.

Premier Tun Razak rief den 48 Mitglieder umfassenden „National Unity Council“ ins Leben, der als einzige Institution des Landes die Rassen- und Sprachenpolitik in Frage stellen kann. Am 2. August nahm ein öffentliches Beschwerdebüro seine Arbeit auf, welches die Kluft zwischen Regierung und Öffentlichkeit überbrücken soll. Ein „National Action Committee“, das dazu dienen soll, eine stärkere Identifizierung der an der Grenze lebenden Chinesen mit Land und Regierung zu erreichen, wird geplant. Nach Berichten aus Ipoh dringen immer mehr kommunistische Guerillas von Thailand her über den Chin-Peng-Pfad nach Malaysia vor. Ihr Ausbildungsstand sei hoch und ihre zahlenmäßige Zunahme alarmierend.

Als praktisches Ergebnis der Reise einer malaysischen Handelsdelegation nach

Peking im Mai wurde bekannt, daß die Volksrepublik China zwischen 150 000 und 200 000 Tonnen Kautschuk kaufen wird; außerdem werde sie den Preisausgleichsvorrat übernehmen. Aus den ersten Angaben über Malaysias zweiten Fünfjahresplan (1971—1975) ist zu entnehmen, daß die Gesamtausgaben sich auf 4800 Mill. US-\$ gegenüber 3500 Mill. US-\$ im ersten Plan erhöhen werden. Erheblich angehoben werden die Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit. Hauptziel ist die Erhöhung des Lebensstandards der malaiischen Bevölkerung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit wird mit 7,3<sup>0</sup>/<sub>0</sub> der erwerbsfähigen Bevölkerung angegeben, dürfte aber höher liegen. Die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts soll 6,5 gegenüber vorher 5,9<sup>0</sup>/<sub>0</sub> betragen. Malaysia setzt Hoffnungen auf größere Erdölvorkommen und Investitionen der ausländischen Privatwirtschaft.

**Singapore** kündigte Mitte Juni die Ernennung des ersten Botschafters in Moskau an. Bezüglich der Volksrepublik China äußerte Singapores neuer Botschafter in Thailand, daß sein Land bei der nächsten Abstimmung in den UN erstmalig für die Volksrepublik China stimmen werde. Nachdem die Erörterung der Beziehungen zur Volksrepublik China in Malaysia und Thailand begonnen hat, will Singapore offensichtlich nicht zurückstehen.

Lui Boon Poh, der Generalsekretär von Singapores neuester Partei, der People's Front, forderte Lee Kuan Yew im Mai auf, zurückzutreten und sich ihm in einer Nachwahl zu stellen. Die neue Partei hat bereits mehrmals harte Angriffe gegen die Regierung gerichtet.

Die Maßnahmen von Premier Lee Kuan Yew gegen den „Singapore Herald“ stießen in dem Stadtstaat auf heftige Kritik. Der Absatz der Zeitung stieg von 13 000 bis auf 80 000 in der kurzen Zeit der Auseinandersetzung bis zu ihrer Schließung an. Dies soll ein Grund dafür gewesen sein, daß Lee nicht mehr einlenkte. Sollte der „Herald“ durch andere Geldgeber wieder auf die Beine kommen und seine Lizenz zurückerhalten, so wird sich der Inhalt des Blattes sicherlich ändern. Der Exekutivrat des in Helsinki tagenden Internationalen Presseinstituts forderte die Regierung von Singapore am 10. Juni in einer Resolution auf, vier Inhaftierte der „Nanyang Siang Pau“ freizulassen oder einen Prozeß durchzuführen. Außerdem wurde eine Spezialuntersuchung bezüglich der Anschuldigungen gegen den „Herald“ gefordert.

Die First National Bank of Chicago hat in Singapore eine Niederlassung errichtet, von der man hofft, sie werde Investitionen aus dem amerikanischen Mittelwesten anziehen.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen Präsident Nixons haben in **Indonesien** mehr Unruhe ausgelöst als der Plan seiner Chinareise. Man befürchtet Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, bei der die USA eine führende Rolle spielen. Noch besteht allerdings Hoffnung, daß Indonesien bezüglich der 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub>igen amerikanischen Importsteuer und der Kürzung der Entwicklungshilfe eine Sonderregelung eingeräumt werden wird. In bezug auf China ist man sicherer, da Indonesien schon lange für die Aufnahme der Volksrepublik in die UN gestimmt hat, zu Taiwan weder diplomatische noch konsularische Beziehungen unterhält und es den Chinesen im Lande angeblich wieder besser gehen soll.

Anfang Juli reiste Außenminister Adam Malik nach Rumänien — das Land ist Schutzmacht Chinas in Indonesien —, um mit Außenminister Manescu über Chinas Haltung

gegenüber Indonesien zu sprechen. Am 9. Juli unterzeichnete Malik in Bukarest ein Abkommen, das die Rückzahlung der indonesischen Schulden neu regelt.

Königin Juliana der Niederlande besuchte vom 26. August an Indonesien. Dabei kam u. a. das Problem der in den Niederlanden ansässigen 20 000 Ambonesen zwischen den Außenministern Indonesiens und der Niederlande zur Sprache. Außenminister Schmelzer war es von linken Gruppen in den Niederlanden nahegelegt worden, auch das Schicksal der auf etwa 70 000 geschätzten politischen Gefangenen in Indonesien zur Sprache zu bringen.

Nach provisorischer Auszählung der Stimmen der allgemeinen Wahlen, die am 3. Juli erstmalig seit 16 Jahren in Indonesien durchgeführt wurden, zeigt sich, daß die von Regierung und Militär gestützten „funktionellen Gruppen“ (Golkar) über die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Mit beträchtlichem Abstand folgen die Islampartei Nahdatul Ulama und die Nationalistische Partei Indonesiens (PNI). An vierter Stelle liegt die Islampartei PMI. Trotz der Besonderheit dieser Wahlen hatte Präsident Suharto am Vorabend der Wahl über die Massenmedien erklärt, jeder solle sich bei der Stimmabgabe von seinem Gewissen leiten lassen und sich keinem Druck beugen. Nach Angaben von Beobachtern war der Wahlvorgang geheim; für Wahlfälschungen in großem Umfang liegen keine Beweise vor. Das pragmatische, auf Entwicklung gerichtete Programm der „funktionellen Gruppen“ soll, soweit es von der Bevölkerung verstanden wurde, attraktiv gewesen sein. Obwohl die Wahl nach westlichen Begriffen sonderbar erscheint, da u. a. von insgesamt 460 Parlamentsabgeordneten nur 360 gewählt werden und der Rest von Präsident Suharto ernannt wird, ist in ihr doch bereits ein Fortschritt erkennbar. Die Frage ist, ob die aus einem losen Bündel von etwa 200 Berufsorganisationen, Gewerkschaften und verschiedenen Interessenvertretungen bestehenden „Golkar“ zu einer schlagkräftigen Kaderpartei geformt werden können.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurden von Indonesien außer in Bukarest am 21. Mai in Ost-Berlin, am 3. Juni in Prag und am 9. Juni in Warschau neue Umschuldungsabkommen abgeschlossen, und zwar auf der Basis des westlichen Abs-Planes. Die Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 1971 gute Fortschritte gemacht. Der Export ohne Erdöl stieg um 9,4%. Auf der Importseite sank der Verbrauchsgüteranteil zugunsten der Kapitalgüter. Die Preise bei 62 Warengruppen blieben fast stabil. Die Einführung von Lizenzen für ausländische Handelsvertretungen in Indonesien hat zu einer Begrenzung der Aktivität von Ausländern geführt (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 3. 8. 1971). Die 10%ige Abwertung der Rupiah löste insbesondere bei in- und ausländischen Wirtschaftskreisen in Djakarta Beunruhigung aus.

Drei Tage nachdem er zum Präsidenten des Verfassungskonvents der **Philippinen** gewählt worden war, erlag der 74jährige Carlos Garcia, von 1958–1961 Präsident des Landes, Mitte Juni einem Herzanfall.

Während des Wahlkampfes für die für den 9. November geplanten Senatswahlen kam es zu einem schweren Zwischenfall: bei Beginn einer großen Wahlkundgebung der Liberalen Partei im Zentrum Manilas am 21. August wurden zwei Handgranaten auf die Rednertribüne geworfen; dabei sollen mehrere Personen ums Leben gekommen sein. Parteipräsident Roxas machte Präsident Marcos für den Zwischenfall verantwortlich. Fast die gesamte Führungsspitze der Liberalen Partei wurde Opfer dieses Anschlages. Der Wahlkampf wurde vorübergehend unterbrochen. Präsident Marcos verhängte am 23. August über das Land den Ausnahmezustand

und erklärte über die Massenmedien, auf den Philippinen sei ein von einer ausländischen Macht unterstützter Aufstand im Gange, wobei er die Rebellen als Anhänger der leninistisch-maoistischen Ideologie bezeichnete.

Am 19. Juni wurden in der Provinz Nord-Cotabato etwa 60 Moslems von angeblich 20 Männern in der Moschee und der Schule einer kleinen Dorfgemeinde ermordet und verstümmelt; Präsident Marcos beorderte daraufhin ein Bataillon Kampftruppen in das unruhige Gebiet.

Auf Grund einer verbesserten Zahlungsbilanzsituation wurde ein revidierter vierjähriger Entwicklungsplan angenommen, der Wachstumsraten für das Bruttosozialprodukt und das Nettoinlandsprodukt für 1971/72 von 6% an Stelle der vorherigen 5,5% vorsieht. In den Jahren 1974/75 soll die Wachstumsrate 6,3% erreichen. Ähnlich wie Taiwan planen die Philippinen die Schaffung sogenannter Exportzonen. Für die Küstenstadt Mariveles ist die Schaffung eines Hafens und eines Industriegeländes vorgesehen, wobei für die Betriebe dieser Zone Privilegien wie etwa zollfreie Einfuhr von Rohstoffen, Ausrüstung und Maschinen vorgesehen sind.

Bei der angespannten innenpolitischen Situation in **Laos** ist die bestehende Konfrontation zwischen dem Militär und der politischen Einstellung, die von Premier Souvanna Phouma erzeugt und gehalten wird, im Mai erneut zutage getreten. Für den Premier bedeutete es einen persönlichen Affront, als nordvietnamesische Diplomaten beim Verlassen der Feierlichkeiten anlässlich des Verfassungstages in Vientiane mit Steinen beworfen wurden. Man vermutet, daß das Militär hinter diesen Steinwürfen steht.

In **Kambodscha**, das schließlich doch in den Indochinakonflikt hineingezogen wurde, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem die USA ihren Rückzug aus Südostasien begannen, ist man besonders von der geplanten Reise Präsident Nixons nach China betroffen. Einerseits ist man völlig auf die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der USA angewiesen; andererseits kann man in Kambodscha nicht übersehen, daß Peking die Feinde der derzeitigen Regierung mit Waffen unterstützt und Prinz Sihanouk Asyl gewährt. Der amtierende Premier Sirik Matak reiste Anfang August für drei Monate in die USA, wo er u. a. mit Präsident Nixon konferierte. Dabei appellierte er an Nixon, die amerikanischen Truppen nicht aus Kambodscha zurückzuziehen, ohne das Land mit genügend Waffen zur Selbstverteidigung auszurüsten. Am 21. Juli wurde von südvietnamesischen Truppen im östlichen Kambodscha die größte militärische Operation seit einem halben Jahr eingeleitet.

Kambodscha wird in diesem Jahr erstmals Reis importieren müssen. Die USA, Japan und Taiwan sollen sich bereit erklärt haben, dem Land mit und ohne Bezahlung in den nächsten Monaten die nötige Menge zu liefern. Die Inflation des Riel schreitet weiter voran. Die USA, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank planen, zur Stützung des Riel einen Fonds zu errichten.

Nach einem Bericht des Korrespondenten der „Agence France Press“ in Hanoi sehen verschiedene Kreise der **Demokratischen Republik Vietnam** die Schwäche des US-\$ als einen psychologischen Sieg der Nordvietnamesen über die USA. Schließlich habe u. a. der frühere Präsident Johnson erklärt, jedes Kriegsjahr in Vietnam koste das US-Finanzministerium 25 Milliarden US-\$. Das Politbüromitglied Le Duc Tho traf Ende Juni in Paris ein, um mit der nordvietnamesischen Delegation bei den Pariser Friedensgesprächen die Haltung der USA zu deren Truppenabzug aus Südvietnam binnen neun Monaten gegen Freilassung der amerikanischen

Kriegsgefangenen zu besprechen. Ende Juli reiste Le Duc Tho zu Gesprächen nach Moskau. Man vermutet, Hanoi und Moskaus Interessen stimmten zur Zeit insoweit überein, als beide eine chinesisch-amerikanische Vereinbarung über Indochina befürchten könnten. Am 1. September beschloß der Schweizer Bundesrat, die Regierung in Hanoi diplomatisch anzuerkennen.

Nach einer Meldung von Hsinhua News Agency vom 5. 7. 1971, S. 2, haben die Demokratische Republik Vietnam und die Volksrepublik China in Peking ein Abkommen für eine kostenlose zusätzliche Militärhilfe an Vietnam im Jahr 1971 unterzeichnet.

Im Juni erregte die Teilveröffentlichung der sogenannten „Pentagon Papers“ über Ursprünge und Entfaltung des amerikanischen Engagements in der **Republik Vietnam** erhebliches Aufsehen. Die Urteile über die Enthüllungen gingen vom „erschütternden Blick hinter die Kulissen eines schmutzigen Krieges“ bis zum „Beweis für demokratische Freiheit in den USA“.

Die Pariser Vietnam-Verhandlungen wurden durch einen 7-Punkte-Plan Madame Binhs Anfang Juli nach langer Zeit wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. In Washington sah man in diesem Plan, der von der Freilassung aller US-Kriegsgefangenen in Vietnam beim Rückzug der Amerikaner unter bestimmten Bedingungen ausgeht, sowohl positive wie unannehmbare Elemente. Das US-Repräsentantenhaus hatte sich am 28. Juni gegen die vom Senat angenommene Entschließung ausgesprochen, die Truppen aus Vietnam innerhalb von neun Monaten abzuziehen, wenn bis dahin ein Waffenstillstand erreicht und die Freilassung der Gefangenen zugesichert würde. Als Nachfolger für David Bruce wird William J. Porter, bisher US-Botschafter in Südkorea, die amerikanische Seite in Paris vertreten.

Am 19. Juli gab Präsident Nguyen Van Thieu formell seine Kandidatur für eine neue Amtsperiode bekannt. Anfang August befand der Oberste Gerichtshof Südvietnams, daß die Kandidatur des amtierenden Vizepräsidenten Ky nicht möglich sei, da dieser nur 62 der erforderlichen 100 gültigen, von Provinzchefs oder Bürgermeistern beglaubigten Unterschriften von Provinzräten hinterlegen konnte. Am 20. August verzichtete General Duong Van Minh auf seine Präsidentschaftskandidatur mit der Begründung, Präsident Thieu bediene sich bei den Wahlen unlauterer Mittel. Einen Tag später gab das Oberste Gericht eine Kandidatenliste heraus, auf der neben Thieu nach einer Revision des früheren Urteils auch der Name von Ky zu finden war. Nach zwei Bedenktagen lehnte Ky dann ab und forderte Neuwahlen binnen drei Monaten oder Absage der für den 3. Oktober vorgesehenen Wahlen.

## Ostasien

In der zweiten Hälfte des August unterbreitete die **Demokratische Volksrepublik Korea** der südkoreanischen Regierung überraschend drei Vorschläge, die darauf abzielen, das koreanische Volk allmählich wieder zu vereinen. Sollten allgemeine Wahlen in ganz Nord- und Südkorea gegenwärtig nicht möglich sein, dann sollte eine Konföderation aus Nord und Süd, die die jeweiligen politischen Systeme intakt läßt, als Übergang gebildet werden. Für den Fall, daß dies für Südkorea unannehmbar sei, müßten ein Wirtschafts- und Kulturaustausch sowie gegenseitige Personen-

besuche zwischen Nord und Süd praktiziert werden, um das Leid der nationalen Teilung zu mildern. Wenn auch dies nicht möglich sei, müsse man wenigstens einen Briefaustausch erreichen. Die Rote-Kreuz-Organisationen beider Länder einigten sich darauf, in Panmunjon über die Zusammenführung von Familien zu verhandeln.

Präsident Park Chung-hee der **Republik Korea** ernannte ein neues Kabinett mit Kim Jong-pil als Premier. Acht Minister des bisherigen Kabinetts wurden entlassen, zehn blieben in ihren Ämtern. Neuer Außenminister wurde Kim Yong-shik. In Anwesenheit von US-Vizepräsident Agnew, des japanischen Premiers Sato und etwa 180 ausländischer Gesandter wurde Park Chung-hee zum drittenmal nacheinander für eine vierjährige Amtszeit als Premier vereidigt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet kam es nach den Wahlen am 28. Juni zu einer Abwertung des Won um 13<sup>0</sup>/. Die Schiffsregeln über das Anlaufen südkoreanischer Häfen für Schiffe, die in kommunistischen Staaten registriert sind oder solche anlaufen, wurden geändert, so daß jetzt z. B. Schiffe der UdSSR, Polens usw. südkoreanische Häfen anlaufen dürfen, nicht aber solche aus Nordkorea, China, Nordvietnam und Kuba.

Der vom amerikanischen Präsidenten Nixon angekündigte Besuch in der **Volksrepublik China** war ohne Frage eines der wichtigsten Ereignisse des Berichtszeitraumes. Während Nixon Anfang Juli die USA als einzige Macht bezeichnet hatte, die die VR China aus der Isolierung herausführen könne, hielt sich sein außenpolitischer Berater Kissinger bereits zu Gesprächen mit Chou En-lai in Peking auf. Die Ankündigung der Reise erfolgte in einer Fernsehansprache des Präsidenten am 15. Juli. Die Reaktion in den USA selbst war durchweg positiv, wohingegen verständlicherweise die nationalchinesische Regierung mit einem scharfen Protest reagierte. Positiv reagierte auch Japan, das sich jedoch von den USA in der China-politik überrundet fühlen muß. Die Sowjetunion nahm die Ankündigung der Reise zum Anlaß neuer Angriffe gegen Mao Tse-tung und versicherte die USA ihrer Wachsamkeit gegen etwaige amerikanisch-chinesische Absprachen auf sowjetische Kosten, wobei sie einen Verbündeten in Indien gefunden hat. Die Staaten der „Dritten Welt“ werden bei dieser Gelegenheit vor dem chinesischen Einfluß gewarnt.

Die allgemeinen Erwartungen, die sich an die bevorstehende Reise knüpfen, sind zurückhaltend. In der Volksrepublik selbst werden die Angriffe gegen den amerikanischen „Imperialismus“ fortgesetzt und wird die Reise Nixons als Kapitulation interpretiert. Peking läßt keinen Zweifel daran, daß vor einer Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen der militärische Abzug der USA aus Asien und die Anerkennung der Pekinger Regierung als der einzigen Chinas zu stehen habe. In der letztgenannten Frage gibt sich Peking kompromißlos; jedoch ist die chinesische Interpretation nicht vereinbar mit der amerikanischen Auffassung, daß die heute auch von den USA befürwortete Aufnahme der VR China in die Weltorganisation nicht zum Ausschluß der Vertretung Taiwans führen dürfe.

Die sich in diplomatischen Anerkennungen äußernden außenpolitischen Erfolge der Volksrepublik China setzten sich mit entsprechenden Übereinkünften mit Sierra Leone (Juli 1971), der Türkei und dem Iran (August) fort. Auch Libyen und Peru haben die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik angekündigt. Mit Belgien werden diesbezüglich Gespräche geführt, und mit einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Tunesien und dem Austausch von Botschaftern zwischen

Peking und London wird gerechnet. Für die bevorstehende Debatte in der UN-Vollversammlung ist jedenfalls die Tatsache wichtig, daß die Volksrepublik China inzwischen von mehr Staaten diplomatisch anerkannt wird als Taiwan.

In den übrigen Bereichen der Außenpolitik schreitet die Normalisierung voran, wobei insbesondere die Besuchsdiplomatie wieder die Rolle zu spielen scheint, die sie bereits vor der Kulturrevolution innehatte. Besonders gepflegt werden dabei Rumänien und Jugoslawien (Chinareise des jugoslawischen Außenministers Tepavac), was offensichtlich von der Sowjetunion als Provokation und Bedrohung ihrer Interessen auf dem Balkan angesehen wird. Ähnlich verhält es sich mit der EWG, die von der Volksrepublik China als Gegengewicht gegen die Sowjetunion und die USA empfunden wird, weshalb Peking auch den vorgesehenen Beitritt Großbritanniens begrüßt.

Steigendes Interesse findet Japan in den außenpolitischen Stellungnahmen Chinas, das den Nachbarn verdächtigt, erneut auf dem Pfade einer militaristischen und expansionistischen Politik zu wandeln.

Hervorstechendes Ereignis auf der inneren Szene war der 50. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas am 1. Juli, zu dessen Anlaß ein gemeinsamer Leitartikel in den wichtigsten Zeitungen Pekings die Geschichte der Partei und die Grundlinien der chinesischen Politik zusammenfaßte. Der Leitartikel zeichnet sich vor allem durch einen Realismus in ökonomischen Fragen aus. Die Bedeutung der Landwirtschaft wird bekräftigt, und jeglicher übertriebene Optimismus wird mit der Feststellung gedämpft, daß China erst „nach mehreren Jahrzehnten“ „ein starker sozialistischer Staat“ sein werde. Der demokratische Zentralismus erfährt eine neue Definition, und im Nachklang zur Kulturrevolution wird zu allgemeiner Toleranz aufgerufen. Die Bedrohung Chinas durch die USA, die Sowjetunion und Japan wird herausgestellt und zum Anlaß genommen, auf die Notwendigkeit starker Streitkräfte hinzuweisen.

Der Aufbau der Parteikomitees in den Verwaltungseinheiten auf Provinzebene konnte Ende August abgeschlossen werden. Dagegen ist noch immer kein Termin für das Zusammentreten des Nationalen Volkskongresses bekannt geworden.

**Taiwans** Präsident, Chiang Kai-shek, wurde in einem Schreiben Präsident Nixons zugesichert, daß die USA ihre Verpflichtung zur Verteidigung Taiwans einhalten würden. Zu der Absicht der USA, für eine Aufnahme Pekings in die UN zu stimmen, erklärte die Regierung in Taipei, daß sie alles in ihrer Macht stehende tun werde, um ihren Sitz in den UN zu erhalten und eine Aufnahme der Volksrepublik China zu verhindern. In einer ersten von drei regionalen Konferenzen berieten Taiwans Chefs der diplomatischen Missionen im asiatischen und pazifischen Raum Anfang August in Taipei unter Vorsitz des Außenministers S. K. Chow über Taiwans Möglichkeiten, seinen UN-Sitz zu erhalten. Am 5. August beschloß Taiwan, seine diplomatischen Beziehungen nach der Aufnahme der Beziehungen zwischen Peking und Ankara zu suspendieren, nicht aber abzubrechen. Damit ist erstmals ein neuer Weg beschritten worden, da bisher die diplomatische Anerkennung Pekings durch ein Land den Abbruch der Beziehungen durch Taiwan zur Folge hatte.

Der Ministerpräsident von **Japan**, Eisaku Sato, hat am 17. Juli im japanischen Reichstag den geplanten Besuch Präsident Nixons in Peking begrüßt und die Zuversicht geäußert, daß die Kontakte zwischen Japan und der Volksrepublik China demnächst in Regierungsverhandlungen münden würden. Bei anderer Gelegenheit äußerte

Sato, er hoffe ernsthaft, daß Peking und Taiwan, die beide Anspruch erheben, China zu repräsentieren, miteinander über dieses Problem sprechen werden, um ein China zu werden.

Am 17. Juni unterzeichneten die USA und Japan einen Vertrag, nach dem die Ryukyu-Inseln nach 27jähriger Besetzung durch die USA unter japanische Hoheitsgewalt zurückkehren. Nach dem Vertrag dürfen die USA jedoch 88 Stützpunkte auf der Inselgruppe weiterhin aufrechterhalten. Das Abkommen tritt zwei Monate nach der Ratifizierung durch das japanische Parlament und den amerikanischen Senat in Kraft. Nach dem Vertrag ist Japan verpflichtet, 320 Millionen US-\$ als Entschädigung für die von Amerika geleisteten Investitionen zu zahlen.

Bei den innenpolitisch nicht sehr bedeutungsvollen Senatswahlen in Japan hat die Liberaldemokratische Partei Ministerpräsident Satos die Mehrheit im Oberhaus behalten, jedoch einen leichten Rückschlag erlitten. Sie gewann 63 der 126 zur Wahl stehenden Sitze und verfügt damit über 135 der 252 Mandate; ein Sitz ging verloren. Die Wahlbeteiligung betrug gegenüber den letzten Senatswahlen (68,9%) nur 59,3%. Am 2. Juli trat die Regierung geschlossen zurück, um Ministerpräsident Sato die Möglichkeit zu einer Regierungsneubildung zu geben. In der neuen Regierung wurde der frühere Finanzminister Takeo Fukuda zum Außenminister ernannt. Kiichi Aichi konnte damit überraschenderweise sein Ressort nicht behalten. Japans Industrie begrüßte die neue Regierung als ein Kabinett kompetenter Männer. Verteidigungsminister Masuhara trat am 2. August in Zusammenhang mit dem Absturz einer mit 161 Personen besetzten Verkehrsmaschine nach einem Zusammenstoß mit einem Militärflugzeug zurück. Sein Nachfolger wurde Naomi Nishimura.

Die Diskussion um eine Aufwertung des Yen erhielt neue Anregungen durch die wirtschaftlichen Maßnahmen Präsident Nixons. Japans Industrie- und Handelsminister Kakuei Tanaka erklärte, Japans Exporte würden als Folge der von Präsident Nixon verfügten zehnpromtigen Importsteuer auf jährlicher Basis um 1,4 Mrd. US-\$ sinken. Unter Einbezug der allgemeinen Auswirkungen auf den Welthandel würde ein Rückgang der jährlichen Ausfuhren um 2,5 bis 3 Mrd. US-\$ zu erwarten sein. Unter dem Druck eines Meinungsumschwunges in Japan selbst — mehr und mehr führende Vertreter aus der Wirtschaft und unter den Sozialpartnern schwenkten in den vergangenen Tagen auf Aufwertungskurs um — und eines massiven Dollarzustromes entschloß sich die Regierung, vom 28. 8. an den Wechselkurs des Yen zeitweilig freizugeben. Am 1. Juli hatte das japanische Finanzministerium den Erwerb von Wertschriften von Japanern in Mitgliedstaaten der OECD bereits liberalisiert, um u. a. das Anschwellen der japanischen Devisenreserven in Grenzen zu halten und damit den ausländischen Druck auf eine Yen-Aufwertung abzuschwächen.

Im Bereich des Handels soll am 21. September ein langfristiger Handelsvertrag zwischen Japan und der UdSSR abgeschlossen werden, der bis 1965 Gültigkeit haben wird. Ab 1. 8. führte Japan allgemeine Zollpräferenzen für 95 Entwicklungsländer ein. Danach sollen die Zollsätze für z. B. Agrar- und Fischerei-Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern zwischen 20 und 100% gesenkt werden. Für die Tarife für Bergbauerzeugnisse und Fertigwaren ist eine 50- bis 100prozentige Ermäßigung vorgesehen. Zehn Produkte, darunter Rohöl, Rohseide und Sperrholz, sind ausgenommen. Nach Angaben des Verbandes der Automobilhersteller in Japan beliefen sich die japanischen Autoexporte im ersten Halbjahr 1971 auf 793 151 Ein-

heiten. Das bedeutet im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres einen bemerkenswerten Anstieg von 69,2<sup>0</sup>/<sub>0</sub>.

### **Australien und Ozeanien**

Für den Premierminister **Australiens**, McMahon, kam die Verlautbarung über die geplante Chinareise Präsident Nixons besonders ungünstig. Der Führer der australischen Labourpartei, Whitlam, der im nächsten Jahr die Parlamentswahlen zu gewinnen hofft, war von einer Reise nach China zurückgekehrt und wurde wegen dieser „Propagandareise“ in einer Rede McMahons, die die engen Beziehungen zu Taiwan und Japan unterstrich, verspottet. Zwei Tage später kam die Ankündigung der Nixon-Reise.

Durch den Ausfall der von China erwarteten Aufträge über Weizenlieferungen sind die Farmer Australiens an einem besseren Verhältnis ihrer Regierung zur Volksrepublik interessiert, was sich in der Country Party bereits bemerkbar macht.

Im Rahmen einer kleinen Kabinettsumbildung am 1. August wurde u. a. der Außenminister Leslie Bury durch Nigel Bowen ersetzt. Elf Tage später entließ man den früheren Premier und späteren Verteidigungsminister Gorton aus dem Kabinett mit der Begründung, die Veröffentlichung seiner Memoiren habe der Regierung geschadet.

Das Budget für 1971/72 sieht neben einem Anstieg der Post- und Fernmeldegebühren die Erhöhung von Steuern auf bestehende Unternehmungserträge und Einkommen natürlicher Personen sowie der Zölle und Verbrauchsabgaben auf die meisten Rohöl- und Tabakprodukte vor.

Auch **Neuseeland** hat inzwischen seine Chinapolitik revidiert und geht von der Zwei-China-Theorie aus. Der Premier- und Außenminister, Sir Keith Holyoake, handelte sich jedoch die Kritik ein, halbherzig dem Weg Australiens zu folgen. Die entscheidende Frage für die Zukunft der Wirtschaft Neuseelands nach dem Beitritt Großbritanniens in die EWG ist für das Land zufriedenstellend gelöst worden. Premier Holyoake erklärte vor dem Parlament, eine Katastrophe sei abgewendet worden. Die erzielten Vereinbarungen über Käse- und Butterexporte entsprechen zwar nicht ganz dem, was man verlangt habe, trotzdem seien die Sonderabmachungen eine bedeutende Konzession und eine feste Basis für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Das neue Budget, das Steuererleichterungen, Unterstützung für die Farmer und Erleichterungen für die Planung im Bereich der Fertigwarenherstellung mit sich bringt, ist stark auf den EWG-Beitritt Großbritanniens ausgerichtet.